



DMFV-PRESSESTELLE · HAMBURG · 18. JANUAR 2017

DMFV EMPÖRT ÜBER VORSTOSS DER VERTEIDIGUNGSMINISTERIN

In seiner heutigen Sitzung hat das Bundeskabinett über die Novellierung der Luftverkehrsordnung beraten. Die Beschlussvorlage aus dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) enthielt dabei substantielle Änderungen gegenüber dem im vergangenen Herbst unter Beteiligung der verschiedenen Interessenvertretungen ausgehandelten Kompromiss. Das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) hatte in letzter Minute und völlig überraschend neuen Änderungsbedarf am ausgehandelten Kompromiss zur Novellierung der Luftverkehrsordnung angemeldet.

Im Kern sieht der Änderungsantrag aus dem BMVg vor, dass für den Modellflug außerhalb von zugelassenen Modellflugplätzen oberhalb von 100 Meter nicht nur der neu in der Luftverkehrsordnung verankerte Kenntnisnachweis sondern zusätzlich eine Aufstiegserlaubnis erforderlich sein solle. Die Begründung: Die Bundeswehr müsse wissen, wo mit Modellflugbetrieb zu rechnen sei. Dies sei vor allem für Tiefflüge von Militärmaschinen erforderlich. Nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass militärischer Flugbetrieb und privater Modellflug bereits seit Jahrzehnten ohne Komplikationen nebeneinander existieren, lehnt der DMFV diesen Vorstoß grundsätzlich ab. „Dieser völlig unverhältnismäßige und zudem in der Sache untaugliche Eingriff in das Hobby von hunderttausenden Deutschen ist inakzeptabel und führt zu keiner Verbesserung der nationalen Sicherheit“, stellt DMFV-Präsident Hans Schwägerl klar. „Wir werden nicht hinnehmen, dass Teile des mit dem Verkehrsminister gefundene Kompromisses mit vorgeschenbten Argumenten durch die Hintertür ausgehebelt werden sollen.“

Von den aktuellen Entwicklungen ausgenommen sind jedoch andere Teile der nach langem Kampf erzielten Einigung zu einer novellierten Luftverkehrsordnung. So sind beispielsweise der Modellflug auf Geländen mit Aufstiegserlaubnis sowie die Tatsache, dass der Kenntnisnachweis eben tatsächlich nur die Kenntnisnahme der gültigen Regeln und dessen Bestätigung durch Modellflugvereine beziehungsweise beauftragte Verbände wie etwa den DMFV umfasst, nicht von nachträglichen Änderungswünschen der Politik betroffen. „Wir werden alle unsere politischen Kontakte nutzen, um das Vorhaben der Verteidigungsministerin im Sinne des Modellflugs zu verhindern“, stellt Hans Schwägerl klar. „Und natürlich rufen wir aller Modellflieger auf, auch die Initiative Pro Modellflug weiter so eindrucksvoll und geschlossen zu unterstützen wie in den vergangenen Monaten.“